

Ä5 Gemeinsam stark – für ein solidarisches Morgen!

Antragsteller*in: jakob Gatz (GJ Gotha)

Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:

von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Wir müssen verhindern, dass Arbeitgeber*innen und ihre Medien unsere Klasse spalten.

Sozialstaat sicherer machen - Renten solidarisch gestalten

Noch im Wahlkampf platierte die Union, Arbeit muss sich lohnen. Die Realität in Deutschland sieht anders aus. Eine erwerbstätige Person, die jeden Tag hart arbeitet, muss im Durchschnitt 43% des Bruttoeinkommens an Steuern und Abgaben entrichten. Vermögende, die vorrangig ihr Einkommen aus Kapitalerträgen, also passives Einkommen erzielen, müssen darauf im Durchschnitt nur 25% Kapitalertragssteuer zahlen.

Das Einkommen aus Arbeit muss ausreichen, dass sich eine erwerbstätige Person, einen bescheidenen Wohlstand aufbauen kann, dem Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Die immer höher werdenden Beiträge der Sozialversicherungen, bewirken das Gegenteil und führen dazu, dass immer weniger Netto vom Brutto bleibt und ein bescheidener Wohlstand in weite Ferne rückt. Und damit nicht genug. Die CSU will nun ihre Mütterrente umsetzen. Folge wären gerade für Junge qualifizierte Fachkräfte, eine deutliche Steigerung der Rentenbeiträge und somit wieder weniger Netto vom Brutto.

Die Rente ist eine der drängendsten Zukunftsthemen mit sehr viel sozialen Sprengstoff. Immer mehr Boomer gehen in Rente, während zu wenige junge Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen. Der Generationenvertrag, auf dem das aktuelle Umlagensystem basiert, kommt immer schneller ins Wanken, wenn es nicht eine Reform gibt. Die Frage der Rente darf dabei nicht zu Lasten junger Menschen gehen, die noch ihr ganzes Arbeitsleben vor sich haben.

Wir als Grüne Jugend sind der Ansicht, es braucht eine grundlegende Reform der Rente, aber auch der Kranken, Unfall und Pflegeversicherung. Dabei sind wir als Grüne Jugend aber auch solidarisch mit den RentnerInnen, die ihren Lebensabend in Altersarmut verbringen müssen, weil die Rente nicht reicht.

Vorbild für eine Reform wären hier die skandinavischen Länder, deren Renten teilweise, oder wie in Norwegen sogar ganz kapitalgedeckt mit einem staatsfond finanziert werden. Gerade Nowegen nutzt den staatsfond nicht mehr nur alleine, um einen starken, solidarischen Sozialstaat zu gewährleisten. Mittlerweile wird das Stimmrecht auf jahreshauptversammlungen genutzt, Arbeitskämpfe in den investierten Unternehmen zu unterstützen, ökologische Standards zu schaffen und Managerinnen Gehälter zu begrenzen.

Bei der Krankenversicherung sieht es nicht besser aus. Eine schleichende Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen hat dazu geführt, dass das Gesundheitssystem mehr Profitorientiert arbeitet, statt dem Gemeinwohl zu dienen. Eine Folge ist, dass Menschen trotz hoher Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung, einige Behandlungen noch extra zahlen müssen. Wir fordern, dass Krankenhäuser und Pflegeheime wieder in die öffentliche Hand gehören, weil man mit der Gesundheit von Menschen keinen Profit machen sollte.

Begründung

Immer weniger Netto vom Brutto und die nicht mehr zeitgemäßen Sozialversicherungen bilden eine soziale Zeitbombe, die gerade uns junge Menschen hart treffen würde. Wenn wir uns als linker Jugendverband definieren, müssen wir es gesondert ansprechen, da das die sozialpolitische Herausforderung der nächsten min. 5-10 Jahre wird.